



# Wahlprüfsteine

zur Landtagswahl 2021

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V. hat seine Wahlprüfsteine an alle im Landtag vertretenen Parteien verschickt.

Die Antworten der CDU Baden-Württemberg finden Sie im folgenden Dokument.

# CDU



**Landesseniorenrat**  
Baden-Württemberg e.V.

Kriegerstr. 3 - 70191 Stuttgart  
Telefon: 0711 - 61 38 24 - E-Mail: [landesseniorenrat@lsr-bw.de](mailto:landesseniorenrat@lsr-bw.de) - [www.lsr-bw.de](http://www.lsr-bw.de)

# Inhalt

<b>Starkes Land durch Teilhabe und Engagement .....</b>	<b>1</b>
Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen? .....	1
<b>Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand .....</b>	<b>2</b>
Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?.....	2
Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen? .....	2
Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?.....	4
Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten? .....	4
<b>Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar .....</b>	<b>6</b>
Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen? .....	6
Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können? .....	7
Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?.....	7
Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?.....	7
<b>Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention .....</b>	<b>7</b>
Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können? .....	7
Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen? .....	7
Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten? .....	9
Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?.....	9
Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?.....	10
Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen? .....	10
Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?.....	12

**Mobilität und Klimaschutz – beides drängt .....14**

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?..... 14

Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist? ..... 15

Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum? ..... 15

**Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung .....16**

Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?..... 16

Was können wir gemeinsam dafür tun? ..... 16

## **i** **Starkes Land durch Teilhabe und Engagement**

Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer, in denen das bürgerschaftliche Engagement durch fast alle Altersgruppen hindurch stark ausgeprägt ist. Viele Angebote im sozialen Bereich ergänzen die bestehenden professionellen Dienstleistungen und stellen damit einen wichtigen Teil der Versorgungslandschaft vor Ort dar. Gerade für Ältere ist das Gefühl „noch gebraucht zu werden“ sehr wichtig. Daher befürworten wir eine stärkere Wertschätzung und Förderung von Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren.

## **? Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?**

Mit der Alterung der Bevölkerung nehmen die Seniorinnen und Senioren zunehmend Einfluss auf die Gestaltung und die Struktur unserer Gesellschaft. Leben im Alter bedeutet dabei nicht, vor allem auf Hilfe angewiesen zu sein. Viele ältere Menschen sind vielmehr noch sehr lange nach dem Eintritt in den Ruhestand mobil. Sie bringen sich mit ihrem Wissen und ihrem Erfahrungsschatz aktiv in die Gesellschaft ein. Dies eröffnet viele Möglichkeiten.

Die CDU-Landtagsfraktion tritt deshalb für ein modernes Bild vom Altern ein. Sie will eine Kultur der umfassenden Teilhabe schaffen, die alle gesellschaftlichen Gruppen und alle Alterskohorten einschließt und so in eine erfolgreiche Generationenpolitik mündet. Es gilt, da zu unterstützen, wo Hilfe nötig ist, und da zu aktivieren, wo Ressourcen ungenutzt sind.

Das betrifft ausdrücklich auch das bürgerschaftliche Engagement. Dabei haben wir zum einen ehrenamtliche Angebote zur Unterstützung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Blick; zum anderen geht es darum, dass das Potential der vielen aktiven älteren Menschen im Land auch der Gesellschaft zu Gute kommt. Hierfür bedarf es ineinandergreifender Konzepte von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft. Weil bürgerschaftliches Engagement hauptsächlich direkt vor Ort geschieht, wollen wir insoweit gemeinsam mit den Kommunen vorgehen.

Dazu gehören beispielsweise Anlaufstellen zur Koordination bürgerschaftlichen Engagements in der Kommunalverwaltung sowie Seniorenbüros und andere Netzwerke, z.B. Bürgerstiftungen oder Mehrgenerationenhäuser. Zudem schließen wir uns der Empfehlung des Normenkontrollrats zur Einrichtung eines zentralen, nach Bereichen strukturierten Informations- und Kommunikationsportals für das Ehrenamt und Vereine in Baden-Württemberg an. Darüber hinaus wollen wir den „Engagementnachweis Baden-Württemberg“ weiterentwickeln und die Einführung einer Ehrenamtskarte voranbringen. Schließlich unterstützen wir den Vorschlag des Normenkontrollrats nach Einführung eines Ehrenamtsbeauftragten.

## **i Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand**

Altersarmut ist leider keine Ausnahmerecheinung, sondern für viele Seniorinnen und Senioren bittere Realität geworden. Aufgrund des demographischen Wandels ist absehbar, dass sich diese Lebenslage zu einem wichtigen Thema entwickeln wird und in Armut lebende ältere Menschen aus dieser Situation nicht allein heraus kommen werden. Aus unserer Sicht beginnt die Altersarmut bereits bei der Erwerbsarmut.

## **? Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?**

Sowohl für Kinder als auch für Erwerbstätige und Senioren ist der beste und effektivste Schutz vor Armut eine Erwerbstätigkeit, die es Eltern ermöglicht, die Familie zu ernähren und Rentner in die Lage versetzt, von den erworbenen Rentenansprüchen zu leben. Dementsprechend sind zunächst eine gute Wirtschaftspolitik und eine gute Arbeitsmarktpolitik die wichtigsten Hebel zur Prävention von Altersarmut. Hier waren und sind wir in Baden- Württemberg höchst erfolgreich. Und diesen Weg werden wir fortsetzen.

So steht die CDU-Landtagsfraktion für eine fundierte schulische und berufliche Bildung. Wir wollen zukünftig noch stärker darauf achten, allen Menschen die Chance auf eine qualifizierte und ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung bieten zu können. Wir sprechen uns für eine weitere Verbesserung der bestehenden Bildungsangebote in Schule, Ausbildung und Studium aus.

Nur durch gute Bildungsangebote wird es gelingen, den künftigen Fachkräftebedarf der Unternehmen zu decken. Dabei kommt der beruflichen Aus- und Fortbildung besondere Bedeutung zu. Die berufliche Bildung ist ein international anerkannter Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Kombination von betrieblicher Praxis und Berufsschule in der Ausbildung und vielfältige Wege der Fortbildung bieten ausgezeichnete Karrierechancen.

Gleichzeitig wird sich auch die Arbeitswelt weiter wandeln müssen. Ein wichtiger Bereich ist dabei die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf. So erhalten und stärken familienfreundliche Arbeitgeber die Mitarbeiterbindung und sie bestehen besser im Wettbewerb um den Fachkräftenachwuchs. Wir sind überzeugt davon, dass die Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zukünftig eine zentrale Rolle in der Diskussion um die Ausrichtung unserer Arbeitswelt einnehmen werden. Darauf gilt es zu reagieren. Die Politik ist in diesem Zusammenhang vor allem gefordert, auch im Anschluss an Kindertagesbetreuung und Kindergarten für ausreichende und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote zu sorgen, die allen Familien auf freiwilliger Basis offenstehen.

Außerdem sehen wir großes Potential darin, Familien und insbesondere Berufstätige durch die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen zu unterstützen. Mit dem Modellprojekt „Fachkräftesicherung über die Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen“ (Gutscheinmodell HHDL) wurde in Baden-Württemberg von März 2017 bis Februar 2019 ein Unterstützungsangebot im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen für Familien entwickelt und vom Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) gefördert. Auf Basis der Evaluationsergebnisse dieses Projekts liegen nun zahlreiche überzeugende Argumente auf dem Tisch, um ein entsprechendes Modell bundesweit auszurollen.

Zudem könnte auch eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, die es ermöglicht, Arbeitszeiten unter Wahrung des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten flexibler über die Arbeitswoche zu verteilen, ein Baustein zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein.

Schließlich gilt es, den Blick auch gezielter als bisher auf ältere Arbeitnehmer zu richten. In dem Maße, in dem die Gesellschaft altert, altern auch Belegschaften. Um vor diesem Hintergrund das Arbeitskräftepotential optimal auszuschöpfen, sind die Stärkung der Arbeitsschutzbehörden mit fachlichem Schwerpunkt auf Arbeitsmedizin und Altersmedizin sowie die Förderung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements bei kleinen und mittleren Unternehmen sinnvoll und wichtig

? ***Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?***

Hier spielen aus unserer Sicht quartiersbezogene Begegnungsangebote eine entscheidende Rolle. So wollen wir die Landesförderung von Mehrgenerationenhäusern verstetigen. Dabei verstehen wir Mehrgenerationenhäuser nicht in erster Linie als Orte des generationenübergreifenden Zusammenwohnens im engeren Sinne, sondern als Begegnungsorte, an denen das Miteinander der Generationen unabhängig vom sozialen Status aktiv gelebt wird und die Raum für gemeinsame Aktivitäten sowie ein nachbarschaftliches Miteinander im Quartier schaffen.

- i** Die Pflegeversicherung stößt in ihrer heutigen Struktur an ihre Grenzen. Das derzeitige System deckelt die Zahlungen der Pflegeversicherung. Alle Kostensteigerungen werden auf die Pflegebedürftigen umgelegt. Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige und deren Angehörige, in der stationären Pflege zu tragen haben, steigt immer weiter. Der notwendige Zukauf von pflegerischen Leistungen in der ambulanten Versorgung Pflegebedürftiger stellt Familien vor große finanzielle Herausforderungen.

Neben der finanziellen Belastung müssen sich insbesondere Personen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen, mit dem Thema der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auseinandersetzen. Viele pflegende Angehörige können nicht mehr wie bislang berufstätig sein. Sie müssen ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben, weil sie mit ihrer Pflegeleistung und -verantwortung nicht vereinbar ist. Damit verlieren sie ihre eigene soziale Absicherung.

Mittlerweile sind wieder viele pflegebedürftige Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das Alterseinkommen kann den Eigenanteil oftmals und gerade in der stationären Versorgung nicht decken. Deshalb fragen wir Sie:

- ? Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?**

**Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?**

Der demografische und gesellschaftliche Wandel hat viele Gesichter. Im Gesundheitswesen und in der Pflege zeigt er sich unter anderem darin, dass auf der einen Seite die Zahl der hochaltrigen Patienten steigt und auf der anderen Seite - wie in vielen anderen Branchen auch - der Fachkräftemangel zunimmt. Dieses Problem wird sich allein durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nicht bewältigen lassen. Deshalb müssen wir auch hier die bestehenden Strukturen weiterentwickeln.

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag bereits in der letzten Legislaturperiode auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion die Enquete-Kommission Pflege ins Leben gerufen. Deren Handlungsempfehlungen setzen wir nun Schritt für Schritt um. Dazu zählt insbesondere, die pflegerischen Angebote so auszurichten, dass jeder Mensch vor Ort die Hilfe findet, die seinem Bedarf entspricht. Zudem unterstützen wir die vielfältigen Aktivitäten des Bundesgesundheitsministers. So sind insbesondere die Stärkung der Tarifbindung in der Altenpflege und die bessere Abbildung der Lohnkosten in der Krankenhausvergütung für Baden-Württemberg als Hochlohnland von großer Bedeutung.

Auch wenn die Zahl der Beschäftigten in der Pflege in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, hat sie mit dem wachsenden Bedarf nicht Schritt gehalten. Deshalb müssen wir nach wie vor die Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen verbessern. Gleichzeitig haben allerdings schon heute 90 Prozent der Pflegeeinrichtungen, respektive 75 Prozent der Krankenhäuser, Schwierigkeiten Fachkräfte zu finden. Wir möchten diesem Zustand entgegenwirken. Den Beruf der Pflegerin und des Pflegers wollen wir, insbesondere für junge Menschen, wieder attraktiv machen und ihm eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung zuteilwerden lassen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist eine leistungsgerechte Bezahlung durch Einführung eines Flächentarifvertrags für die Pflegeberufe. Im Übrigen geht es um verlässliche Dienstpläne, flexible Arbeitszeitmodelle und wert- schätzende Führung.

Die Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle und eines angemessenen Personalschlüssels sowie eine weitere Diversifizierung der Aufgabenerledigung entlasten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spürbar und stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Sinne sind auch die Landesheimpersonalverordnung sowie der Landesrahmenvertrag nach § 75 SGB XI zu überprüfen.

Zudem brauchen wir Maßnahmen, um ausgeschiedene Pflegefachkräfte gezielt für eine Rückkehr in ihren erlernten Beruf zu gewinnen.

Die Familien sind der größte Pflegedienst im Land. Daran wird sich angesichts der eingangs geschilderten demografischen Entwicklung (steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen bei gleichzeitigem Fachkräftemangel) auch mittel- und langfristig kaum etwas ändern können. Deshalb gilt es, pflegende Angehörige besser als bisher zu unterstützen. Das betrifft vor allem die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen. Nötig sind aber auch flexible Arbeitszeitmodelle zur Stärkung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der familiären Pflegearbeit.

Damit diese landespolitischen Maßnahmen Erfolg haben können, müssen sie durch weitere strukturelle Initiativen des Bundes unterstützt werden. Hier lassen die jüngsten Ankündigungen der konzertierten Aktion Pflege vielversprechende Ansätze erkennen.

## **i Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar**

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Die Wohnung ist der Rückzugsort, der Lebensquell. Die Wohnsituation bestimmt zu einem großen Teil die Lebensqualität. Mit zunehmendem Alter jedoch und bei auftretenden körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen werden besondere Anforderungen an die Wohnung und die Wohnsituation gestellt.

Hinzu kommt in allen Altersgruppen der Bevölkerung die Thematik der Bezahlbarkeit des Wohnraums. Barrierefreie Neubauwohnungen sind für viele Seniorinnen und Senioren langfristig nicht erschwinglich. Die Anforderung an bedarfsgerecht angepassten/barrierefreien Wohnraum ist nicht nur durch Neubauten zu decken, sondern auch durch den Umbau von Bestandsbauten zu fördern.

### **? Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?**

Die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus im Land ist eines der zentralen Anliegen der CDU-Landtagsfraktion. Die deutliche Erweiterung und Verstetigung des Bewilligungsvolumens des Förderprogramms Wohnungsbau BW auf 250 Mio. Euro jährlich in Verbindung mit einer bedarfsorientierten Neuausrichtung und Erweiterung der darin enthaltenen Förderangebote haben in der laufenden Legislaturperiode zu einem deutlichen Anstieg der geförderten Wohneinheiten geführt. So ist mehr als nur eine Trendwende geschafft worden. Damit bestehen gute Voraussetzungen, auch das Angebot bezahlbarer barrierefreier Wohnungen bedarfsorientiert auszuweiten.

Grundsätzlich muss die Frage, welcher Einfluss mit den Instrumenten des Bauplanungsrechts einschließlich städtebaulicher Verträge auf die Nachfrage nach der Landesförderung genommen wird, vor Ort auf Basis des dort gesehenen konkreten Bedarfs entschieden werden. Den Gemeinden steht es auch frei, durch Nutzung der Förderangebote und speziell der nur Kommunen offenstehenden zusätzlichen und besonders subventionsintensiven Förderlinie „Wohnungsbau BW - kommunal“ selbst gebundenen Wohnraum zu schaffen, auf den sie ein Höchstmaß an gestaltendem Einfluss haben.

Über Eigentum an den für (kostengünstigen) Wohnungsbau erforderlichen Flächen verfügt das Land nur punktuell und in einem vernachlässigbaren Umfang. Ziel des bundesweit beispielgebenden Grundstücksfonds des Landes ist es deshalb, den Kommunen im Land insoweit erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen, indem finanzschwächeren Kommunen der Erwerb von Grundstücken und damit auch die insoweit entscheidende Einflussnahme auf die Bebauung ermöglicht wird.

***Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?***

***Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?***

***Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?***

## **i Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention**

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollten bedarfsgerecht und in einer guten Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

**? *Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?***

**i** Die ambulante und stationäre Pflege sind unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung in der letzten Lebensphase. Für viele ältere Menschen und deren Angehörigen sind die Leistungen häufig aber nicht allein finanzierbar. Verschärft wird die Situation durch den Pflegekräftemangel.

**? *Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?***

Pflegebedürftige Menschen wollen so lange und so selbstbestimmt wie möglich zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Diesem Wunsch wollen wir Rechnung tragen. Damit das funktionieren kann, müssen Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, möglichst nah an ihrem Wohnort auch das passende Angebot vorfinden. Deshalb wollen wir die 2016 eingeleitete Quartiersstrategie fortsetzen und ausbauen.

Gleichzeitig wollen wir Anreize geben, um im Land die Schaffung von gemeinschaftlichen Wohnformen für Menschen mit Unterstützungsbedarf voranzubringen. Dazu zählt auch die Berücksichtigung von altersgerechten Assistenzsystemen. Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung eröffnen Smart-Home-Konzepte gerade bei dem Wunsch nach einem möglichst langen und selbstbestimmten Lebensabend einen stetig wachsenden Anwendungsbereich.

Bei all dem sind auch die Vorschläge, die der Runde Tisch „Wohnen für das Alter“ unter Leitung des von der CDU initiierten Landesdemografiebeauftragten erarbeitet hat, zu berücksichtigen.

Zeitgemäße Pflege ist nicht mehr nur ambulante Versorgung oder stationäre Unterbringung. Weitere Komponenten der Pflegeinfrastruktur wie Wohngemeinschaften, Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege spielen eine immer wichtigere Rolle, um Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes und würdevolles Altern in der eigenen Häuslichkeit so lange wie möglich zu beschern. Darüber hinaus bietet die Kurzzeit- und Tagespflege ein Angebot, dass auch für das Entlassmanagement von Krankenhäusern von zentraler Bedeutung ist.

Dazu ist festzustellen, dass das Land trotz Investitionen von rund 10 Mio. Euro in den letzten beiden Jahren weiterhin erheblichen Nachholbedarf in diesem Bereich hat. Das bestehende Angebot an Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen ist bei Weitem nicht ausreichend. Hier muss es dringend zu Änderungen an der Vergütung der Kranken- und Pflegekassen kommen, um einen kostendeckenden Betrieb zu ermöglichen. Das fällt vorrangig in die Zuständigkeit des Bundes. Zudem dürfte es aber auch dringend geboten sein, ein weiteres, ausreichend dotiertes und nachhaltig wirkendes Förderprogramm des Landes in Erwägung zu ziehen.

Das ist für weitere Bereiche der Quartiersentwicklung bereits gelungen.

Als Alternative zur stationären Pflege hat das Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG) für ambulant betreute Wohngemeinschaften einen heimrechtlichen Rahmen geschaffen. Zur Förderung der Verbreitung dieser Wohnform werden aus- gewählte vorbildliche Projekte gefördert.

Im „Innovationsprogramm Pflege“ unterstützt das Land eine in Quartierskonzepte eingebundene Weiterentwicklung sozialraumorientierter und innovativer Versorgungsstrukturen in der Pflege. Ausgehend von der Situation pflegender Angehöriger und vergleichbar nahestehender Pflegepersonen sowie professionell Pflegenden werden innovative Ansätze und Projekte gefördert. Dies umfasst auch die besonderen Bedarfe demenzkranker Menschen sowie die Anforderungen einer kultursensiblen Pflege.

Die Strategie „Quartier 2030 - Gemeinsam. Gestalten.“ verfolgt das Ziel, die alters- und generationengerechte Quartiersentwicklung im Land zu unterstützen und zu befördern. Dabei will Quartiersentwicklung Gemeinschaft jenseits familiärer Strukturen stärken. Die Quartiere der Zukunft sollen lebenswert und sorgend gestaltet sein. Dazu zählen perspektivisch auch die Einbindung der Pflegestützpunkte, die sich als Angebot bewährt haben, und der Modellkommunen Pflege.

Schließlich wird mit dem Programm „Gemeinsam unterstützt & versorgt wohnen“ eine Lücke zwischen Pflegeheimen bzw. stationären Behinderteneinrichtungen einerseits und einer nur stundenweisen Unterstützung und Versorgung in der eigenen Wohnung andererseits geschlossen.

Mit einer Summe von 15 Millionen Euro jährlich fördert das Land ab dem Jahr 2020 neue Wohnformen für ambulant betreute Wohngemeinschaften von Senioren und Menschen mit Behinderungen. Das ist ein wichtiger, zukunftsweisender Schritt. Mit passgenauen Wohnungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften von älteren und behinderten Menschen mitten im Quartier leisten wir so einen wichtigen Beitrag zur Wohnraumversorgung im Land und ergänzen damit die Förderung des Wirtschaftsministeriums vor allem im Bereich des Sozialmietwohnraums sinnvoll.

? ***Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?***

Die gesetzliche Krankenversicherung und die Soziale Pflegeversicherung haben sich in ihrer Grundstruktur bewährt und als krisenfest erwiesen. Daran wollen wir grundsätzlich festhalten. Die Einführung einer Bürgerversicherung lehnen wir ab.

In der Krankenversicherung müssen wir darauf achten, dass die Änderungen am Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich und die Umsetzung der Sozialgarantie 2021 nicht dazu führen, dass durch den Abfluss weiterer Finanzmittel die Versorgungsstrukturen dauerhaft geschädigt werden.

In der Pflegeversicherung begrüßen wir die Vorschläge des Bundesgesundheitsministers, die Eigenanteile pflegebedürftiger Menschen in den Heimen zu deckeln, die Leistungen für die Pflege zu Hause zu erhöhen und die Tarifbindung zu stärken, ausdrücklich. Dies ist neben den weiteren Ankündigungen der Konzentrierten Aktion Pflege die konsequente Fortsetzung der in den letzten drei Jahren bereits gegangenen Schritte. Die daraus resultierenden Mehrkosten aus Steuermitteln zu finanzieren, erscheint sachgerecht.

? ***Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?***

Nachdem im Doppelhaushalt 2018/2019 auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion ein mit 1 Mio. Euro dotiertes Investitionsförderprogramm für stationäre Hospizplätze aufgelegt wurde, sind wir in Baden-Württemberg mit 34 Hospizen, die eine stationäre und hochspezialisierte Palliativversorgung anbieten, nach Aussage von Experten sehr gut versorgt.

Der zukünftige Schwerpunkt der Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgungsangebote sollte aus unserer Sicht deshalb auf der Stärkung der allgemeinen Palliativversorgung zu Hause, in den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen liegen.

- ❶ Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und in den Wohnquartieren vieler Städte gehört zu den großen und drängenden Erfordernissen einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg.

❷ **Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?**

**Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?**

Zentrales Element der wohnortnahen Versorgung sind die niedergelassenen Haus- und Fachärzte.

Deshalb haben wir beschlossen, dauerhaft 150 zusätzliche Studienplätze für Humanmedizin an den Universitäten im Land einzurichten. Dieser Ausbau wird flankiert durch die Einführung eines eigenen modularisierten Neigungsprofils (Längsschnittcurriculums) „Ländliche Hausarztmedizin“, die regionale Vernetzung der akademischen Ausbildung mit der Versorgungspraxis, die verstärkte Profilbildung Allgemeinmedizin/ regionale Versorgung und nicht zuletzt die Landarztquote. Sie stellt sicher, dass die zusätzlichen Studienplätze zumindest zur Hälfte verbindlich den schlechter versorgten Regionen im Land zu Gute kommen.

Zusätzlich stehen Haushaltsmittel zur Verfügung, um Medizinstudierende, die sich im Laufe des Studiums verpflichten, im Anschluss an ihr Studium die fachärztliche Weiterbildung in ausgewiesenen baden-württembergischen Fördergebieten zu absolvieren und nach deren Abschluss vorübergehend eine hausärztliche Tätigkeit in diesen Fördergebieten aufzunehmen, mit einem Stipendium zu unterstützen.

Im Übrigen setzen wir das 2010 von der CDU eingeführte Landarztprogramm fort.

Und wir fördern aus Landesmitteln den Aufbau sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen, die eine koordinierte Behandlung vom Hausarzt über den Facharzt und das Krankenhaus bis zur Rehabilitation ermöglichen. Solche Strukturen sind nicht nur erforderlich, um die Effizienz und die Qualität der medizinischen Versorgung in der Fläche zu stärken.

Vielmehr entspricht ein so organisiertes Gesundheitswesen auch den Vorstellungen und Wünschen der Patientinnen und Patienten und der meisten Nachwuchsmediziner.

Dieses Bündel an Aktivitäten und Maßnahmen wollen wir fortsetzen und die Instrumente fortlaufend auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Dabei ist uns bewusst, dass wir neben langfristig wirkenden Strukturveränderungen auch schnell wirksame Angebote brauchen, um einer Ausdünnung der hausärztlichen Versorgung zu begegnen.

Insoweit müssen wir den Anforderungen des Nachwuchses an die künftige Tätigkeit Rechnung tragen und die Arbeit in multiprofessionellen Teams mit geteilter Verantwortung ermöglichen. Im Interesse des zielgerichteten Einsatzes der ärztlichen Ressourcen wollen wir die Regelungen zur arbeitsteiligen Leistungserbringung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal (Delegation und Substitution) nachschärfen. Darüber hinaus gilt auch weiterhin die Notwendigkeit, zu prüfen, ob und inwieweit unnötige Bürokratie in den Arztpraxen abgebaut werden kann.

Dies muss durch ein flächendeckendes Netz an grundversorgenden Krankenhäusern und einen leistungsfähigen Rettungsdienst flankiert werden.

Zudem gilt es, die Digitalisierung der Versorgung aktiv gestalten und voran zu bringen.

Die digitale Revolution verändert und verbessert viele Lebensbereiche. Vor allem im Dienst der Gesundheit aber kann die Digitalisierung mit ihrer innovativen Schubkraft zu einem wahren Segen werden. Schnellere Behandlung, individuellere Leistungen, mehr Qualität bei Diagnostik und Therapie - digitale Technologien haben große Potenziale, unser Gesundheitswesen besser, kostengünstiger und patientenfreundlicher zu machen. Studien kommen zu dem Ergebnis, dass im deutschen Gesundheitswesen mit dem Einsatz digitaler Technik durch weniger Doppeluntersuchungen, weniger unnötige Krankenhauseinweisungen, weniger vermeidbare Tests und Folgebehandlungen 34 Milliarden Euro jedes Jahr eingespart werden könnten. Das sind wertvolle Ressourcen, die wir an anderer Stelle für die Patientinnen und Patienten gewinnbringend einsetzen könnten.

Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere die Chancen der Telemedizin. Telemedizinische Angebote wie das Modellprojekt „docdirect“ können ein Beitrag sein, die ärztliche Versorgung der Menschen zu verbessern oder zu erhalten. Sie sind ein Instrument, um Versorgungsengpässen entgegen zu wirken - nicht nur im ländlichen Raum, sondern etwa auch bei langen Wartezeiten auf Therapieplätze oder Facharzttermine. Sie können Gesundheitsdaten schnell verfügbar machen oder Therapieformen gezielt unterstützen. Das Anwendungsgebiet ist breit und es geht weit über den Videocall beim Teledoktor hinaus.

Entscheidend ist bei all dem: Die Telemedizin muss den Menschen dienen und helfen. Es kann nicht darum gehen, den direkten Kontakt zwischen Arzt und Patient zu beschränken oder gar zu ersetzen. Im Gegenteil: Ziel muss es immer sein, mit der Telemedizin einen zusätzlichen Service zu schaffen - mit konkretem Mehrwert und tatsächlichem Komfortgewinn für die Nutzerinnen und Nutzer. Wir wollen, dass dadurch neue Freiräume entstehen für eine zugewandte sprechende Medizin.

Als CDU-Landtagsfraktion unterstützen wir deshalb die neuen Möglichkeiten der Telemedizin. Wir setzen darauf, dass ihre Potenziale den Menschen im Land zugutekommen und die Qualität der medizinischen Versorgung damit insgesamt weiter steigt. Dabei versteht sich für uns von selbst, dass die Digitalisierung nicht dazu führen darf, dass Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht oder nur bedingt in der Lage sind, technische Angebote zu nutzen, von einer qualitativ hochwertigen Versorgung ausgeschlossen werden.

- ❶ Die Wertschätzung der Pflegeberufe in der öffentlichen Wahrnehmung muss gravierend verbessert werden. Dazu gehören aus unserer Sicht im Wesentlichen eine Anhebung des Pflegeschlüssels, eine deutliche Verbesserung der Vergütung für Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen.

? ***Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?***

Die generalistische Pflegeausbildung setzen wir in Baden-Württemberg engagiert und kraftvoll um. Der Pflegeberuf insgesamt erfährt damit eine deutliche Aufwertung. Die Ausbildungszahlen machen deutlich, dass es sich um ein gutes und attraktives Angebot handelt.

Großes Potential, die Arbeit der Pflegekräfte positiv zu verändern und Arbeitsstrukturen zu verbessern, sehen wir im Übrigen in der Digitalisierung. So kann der stärkere Einsatz digitaler Anwendungen dazu beitragen, die Pflegedokumentation zu vereinfachen, die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Heimen zu verbessern und das Tourenmanagement effektiver zu gestalten. Die Pflegekräfte würden dadurch mehr Zeit für die Betreuung erhalten.

Wir unterstützen darüber hinaus den Wunsch vieler Pflegekräfte nach mehr Selbstbestimmung und Selbstverwaltung und tragen, wenn dies mehrheitlich von den Pflegekräften gewünscht wird, die Einführung einer Landespflegekammer mit.

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich darüber hinaus weiterhin für die bundesweite Einführung eines verpflichtenden gesellschaftlichen Jahres für alle jungen Frauen und Männer aus. Das wäre nicht nur ein klares Zeichen der Anerkennung für alle sozialen Berufe, sondern es würde auch den Generationenvertrag stärken und mehr junge Menschen an wichtige und erfüllende Aufgabenfelder heranführen. Gleichzeitig könnten professionelle Kräfte von Tätigkeiten entlastet werden, die nicht unbedingt einer hohen Fachlichkeit bedürfen. Bis die notwendigen Rechtsänderungen auf der Bundesebene umgesetzt sind, sehen wir die Stärkung der Freiwilligendienste im Land als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer sozialen Sorgestrukturen an.

Im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) haben sich Bund, Länder und alle relevanten Akteure in der Pflege im Juni 2019 verbindlich auf Ziele und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsalltags und der Arbeitsbedingungen von beruflich Pflegenden sowie zur Stärkung der Ausbildung in der Pflege verständigt. Die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen tragen wir mit und werden sie da, wo das Land gefragt ist, zügig in Baden- Württemberg umsetzen.

## **i** **Mobilität und Klimaschutz – beides drängt**

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens und großer Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Insbesondere im ländlichen Raum ist es notwendig attraktive und umfassende Mobilitätslösungen zu finden.

Nur so lässt sich der Lebensstandort ländliche Region im demografischen Wandel erhalten.

Der Verkehr ist aber auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Um die notwendigen Klimaziele zu erfüllen, müssen neue, vernetzte und passgenaue Lösungen entwickelt werden.

## **? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?**

Mobilität bedeutet Lebensqualität und Teilhabe. Um dies für alle Generationen in allen Landesteilen nachhaltig und effizient zu gewährleisten, ist das Zusammenspiel aller Verkehrsträger notwendig. Dazu müssen wir möglichst schnell Mobilitätslösungen der digitalen Zukunft auf die Straße bringen.

Die individuelle Mobilität mit dem Auto wird gerade für ältere Menschen, erst recht im Ländlichen Raum, weiter unverzichtbar bleiben. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist allerdings eine deutliche Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Autos erforderlich. Dies sollte durch Hochtechnologie und Anreize erreicht werden. Wichtig ist beim Antrieb der Zukunft die Technologieoffenheit. Auch in den großen Unternehmen kann heute noch niemand mit absoluter Sicherheit sagen, welcher Antrieb uns künftig bewegen wird.

Eine Erhöhung der Fahrgastzahlen im ÖPNV auch bei Senioren ist der CDU- Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Den Weg dorthin sehen wir nicht in der Beschränkung des Individualverkehrs, sondern in der Schaffung bzw. dem Ausbau eines attraktiven Angebots. Zentrale Bedeutung haben hier dichte Takte und moderne, barrierefreie Fahrzeuge, aber insbesondere Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. In den baden- württembergischen Verbänden werden unterschiedlich ausgestaltete Seniorentickets angeboten, die die Nutzung des ÖPNV für Senioren auch finanziell attraktiv machen. Das Corona-Virus hat neue Anforderungen an den ÖPNV in Sachen Platzangebot und damit Sicherheit gebracht. Dies stellt die Finanzierung des ÖPNV vor große Herausforderungen, die nur durch einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen zu stemmen sind. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich weiter für eine gute Finanzierung des ÖPNV einsetzen.

- ❶ Mobil sein bedeutet nicht nur auf Verkehrsmittel und eine gute Anbindung zurückzugreifen. Mobil sein bedeutet auch, sich ohne Barrieren im öffentlichen Bereich bewegen zu können.

? **Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist?**

**Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?**

Funktionierende Orts- und Stadtteilzentren sind aus unserer Sicht ein zentrales Element zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels - und das bis hin zu den kleinsten Gemeinden des Landes. Deshalb regen wir an, wo immer möglich, den Weg zu multifunktionalen Ortskernen mit allen Formen der Nahversorgung zu gehen. Alle Beteiligten (Bund, Land, Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger vor Ort) sind aufgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten. Dies beginnt bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Bund oder Land und geht über den Abbau von Bürokratie - beispielsweise bei der Gründung von Genossenschaften oder anderen Einrichtungen - sowie eine vorausschauende kommunale Entwicklungsplanung bis hin zur umfassenden Beteiligung der Bevölkerung (zunächst im Planungsprozess und später auch bei der Umsetzung und/oder der Finanzierung von Aufgaben).

Breitband und schnelles Internet sind zentrale Bausteine einer zukunftsgerichteten Infrastrukturpolitik, sie können aber weder den Abbau von Nahversorgungsangeboten kompensieren noch dauerhaft einer möglichen Vereinsamung von Personen entgegenwirken. Deshalb ist bei allen digitalen Strategien mitzudenken, dass es auch zukünftig Räume für die Begegnung und den Austausch sowie Versorgungsangebote des täglichen Bedarfs vor Ort in den Quartieren braucht.

Dabei spielt Barrierefreiheit nicht nur für Seniorinnen und Senioren, sondern auch für Familien mit kleinen Kindern oder für Menschen mit Behinderungen eine wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund ist die mit dem jüngsten Landeshaushalt beschlossene Errichtung eines Landeskompetenzentrums Barrierefreiheit, das Kommunen und freie Träger dabei unterstützen soll, die barrierefreie Zugänglichkeit zu einzelnen Bereichen der Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu realisieren, als ein erster richtiger Schritt ausdrücklich zu begrüßen. Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wir müssen hier auch die Forschung stärken und das Fachwissen auf allen Verwaltungsebenen verbessern.

## **i Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung**

Auch Seniorinnen und Senioren sind im digitalen Zeitalter angekommen und müssen sich in dieser schnelllebigen Welt zurechtfinden. Immer mehr von uns möchten sich dem Thema öffnen. Dennoch bleiben viele von dieser Entwicklung abgeschnitten.

### **? *Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?***

#### ***Was können wir gemeinsam dafür tun?***

Die Digitalisierung verändert rasant die Art, wie wir uns informieren, wie wir kommunizieren, und wie wir konsumieren. Dabei entspricht es nicht unserem Altersbild, dass die Nutzung digitaler Techniken und Angebote ältere Menschen generell vor Probleme stellt.

Ebenso wenig kann man davon ausgehen, dass Jüngere nicht durch die Nutzung digitaler überfordert werden könnten. Insoweit geht es darum, im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes dafür Sorge zu tragen, dass im Zuge der Digitalisierung keine gesellschaftlichen Gruppen abgehängt werden.

Das heißt zunächst, dass die vielfach schon vorhandenen Angebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen und zur Beratung über Assistenzsysteme professionalisiert sowie die Qualität der zugrundeliegenden inhaltlichen und didaktischen Konzeptionen gesichert werden müssen. Dabei kommt auch und insbesondere den Kommunen eine wichtige Rolle zu, die den Aufbau und die Verstetigung von Angeboten zur Entwicklung digitaler Kompetenzen bei älteren Menschen und anderen Menschen, die einen entsprechenden Bedarf haben, als einen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge betrachten sollten. Hier können Seniorenräte ein wichtiger Mittler und Sachwalter sein.

Unzweifelhaft wird es im Übrigen nicht gelingen können, bei fortschreitender Digitalisierung alle einstmals analog vorhandenen Angebote dauerhaft parallel zu erhalten oder fort- zuführen. Insoweit werden vielfach auch Marktprozesse greifen, die der staatlichen Gestaltung nicht zugänglich sind. Wenn angesichts dessen die notwendigen Kompetenzen zur selbstorganisierten Nutzung neuer digitaler Angebote nicht vorhanden sind und/oder vermittelt werden können, muss (vorübergehend) eine niedrighschwellige Unterstützungsstruktur für die Menschen vorgehalten werden, die darauf angewiesen sind.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen konkret helfen.

Letztlich muss sich deshalb jeder Digitalisierungsprozess daran messen lassen, ob und in- wieweit er für einen möglichst großen Bevölkerungsteil tatsächlich zu Verbesserungen führt.